

INTEGRATIONSKONZEPT



DER STADT **KAISERSLAUTERN**

2022



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Menschen kommen in unserer Stadt an, weil sie bestimmte Ziele, Vorstellungen und Hoffnungen mit ihr verbinden. Die Gründe, warum sie ihre Heimat verlassen haben oder sogar mussten, sind vielfältig. Für uns ist jedoch klar: Eine internationale Zuwanderung ist kein kurzfristiges Phänomen und ebenso wenig eine unliebsame Erscheinung. Sie war schon immer ein bedeutender Faktor und Innovationsmotor für die Entwicklung einer Stadt. Weltoffenheit und Vielfalt sind wichtige Standortvorteile, auch um zum Beispiel für junge Fachkräfte attraktiv zu sein. Integration ist für mich keine freiwillige Leistung, sie ist ressortübergreifende Kernaufgabe einer Kommune.

Mit dem vorliegenden Integrationskonzept möchten wir in Kaiserslautern auf Barrieren und Hemmnisse in den verschiedenen Stadien des Ankommens reagieren und diese zu senken helfen. Wir wollen Räume und Möglichkeiten der Begegnung schaffen, für ein gutes soziales Klima. Wir möchten in unserer Stadt allen Menschen die gleichen Teilhabechancen bieten.

Ziel war es, ein pragmatisches, straffes und umsetzungsorientiertes Integrationskonzept zu schaffen, das sich nicht in Details verliert. Das haben wir mit dem vorliegenden Werk, wie ich finde, erreicht.

Ich werde die zügige Verwirklichung der vorgeschlagenen Maßnahmen fördern und wünsche dem Konzept eine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit und Kommunalpolitik.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus Weichel

Vorwort	3
1. Einleitung	5
2. Allgemeine Entwicklungen und Statistiken zur Bevölkerung Kaiserslauterns	6
2.1 Situationsbeschreibung	6
2.2 Ausländer*innen und Migranten*innen in Kaiserslautern	8
3. Der Weg zur Neuaufstellung des Integrationskonzeptes	10
3.1 Aufbau und Struktur des Integrationskonzeptes	11
3.2 Umsetzungsebene	12
4. Themenfelder	13
4.1 Bildung und Arbeit	13
4.2 Sprachförderung	17
4.3 Begegnung, Sicherheit und Antirassismus	19
4.4 Ehrenamt, Partizipation, Beteiligung	23
4.5 Wohnbedarfe und Wohnraumversorgung	26
Impressum und Kontakt	29

1. Einleitung

Der Begriff der „Integration“ wurde in den vergangenen Jahren in unzähligen Debatten, Konzepten und Medien verwendet, und wird bis heute unterschiedlich interpretiert und bewertet. Der Begriff wurde politisch stark aufgeladen, geriet zum Streit- und Mittelpunkt von Diskussionen und Diskursen und wurde in seiner Bedeutung vielleicht sogar überhöht oder zumindest überhöht wahrgenommen. Der Begriff wird oftmals immer noch mit den Geflüchteten aus den Krisengebieten der Welt in Verbindung gebracht und verdrängt dabei in der Wahrnehmung die quantitativ viel größeren Gruppen der Zugewanderten, z.B. die der EU-Binnenwanderung. Während im Jahr 2020 bundesweit 102.581 Asylanträge gestellt wurden, wanderten zu gleichen Zeit 601.093 EU-Staatsangehörige nach Deutschland ein.¹

Zu den geführten Diskussionen lässt sich jedenfalls sagen, dass sie in der Regel über, und selten mit den betroffenen Personengruppen geführt wurden.

Aber schon der Begriff an sich liefert Gründe zum Diskutieren und Nachdenken. In der öffentlichen Debatte wird „Integration“ oft als „Angleichung“, „Anpassung“ ausgelegt. Oder in einer extremeren Form sogar als „Assimilation“. Der Wortstamm aus dem Lateinischen wird hingegen mit „ergänzen“, „erneuern“ und sogar „geistig auffrischen“ übersetzt, Fragen zur Integration beinhalten oft einen disziplinierenden Ansatz. Die Zielgruppen sind angehalten etwas zu erreichen, wenn sie als integriert gelten wollen. Zu dem „Integrationsgesetz“ des Bundes aus dem Jahr 2016 wird das „Fordern und Fördern“ als Leitlinie eines erfolgreichen Integrierens verdeutlicht.

Es geht um eine Erwartungshaltung, nach der viele Personen die zuwandern integrationsbedürftig sind. Es entstehen verschiedene Ebenen: SIE haben einen Rückstand. WIR nicht! („Othering“ / „Selfing“). Angesichts der aktuellen Prozesse einer zu beobachtenden Teilung, Fragmentierung und Pluralisierung der Gesellschaft, wäre eine ganzheitliche Betrachtung und ein Weg zu einer „Integration für Alle“ eine möglicherweise geeignetere Vorgehensweise.

Zugleich hat sich unter der Überschrift der „Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft“ der Begriff der „Inklusion“ verfestigt. Auch hier kommt man nach der Übersetzung aus dem Latein („ein-schließen“ oder „einbeziehen“) zu Aussagen, die spontan besser und richtiger zu dem zu passen scheinen, wenn man von „Integration“ redet. Aber aktuell werden diese Begriffe (noch) unterschiedlichen Personengruppen zugeordnet werden. „Inklusion“ = Menschen mit Beeinträchtigungen / besonderen Herausforderungen und „Integration“ = Menschen mit Migrationsgeschichte / Fluchthintergrund. Spätestens, wenn man an einen zugewanderten Menschen mit einer Beeinträchtigung denkt, erkennt man, dass „Integration“ alleine zu kurz greift. Aber da diese Begriffe diese Zuschreibungen haben, ist es aus Gründen einer besseren Erreichbar- und Verständlichkeit geboten, auch noch in diesem Konzept von einem „Integrationskonzept“ zu sprechen. Gleichwohl sollte der Weg dahin führen, dass der Blick auf die Ganzheitlichkeit eines Menschen gelenkt wird. Dass jeder Mensch divers ist, mit unterschiedlichen Eigenschaften, Vorlieben, Fähigkeiten und Einschränkungen.

Das nachfolgende Bild verdeutlicht die Begriffe Exklusion, Integration und Inklusion sehr eingängig:

¹ Quelle: Migrationsbericht 2020, BAMF, 2020



² Bild: Aktion Mensch

In diesem vorliegendem Konzept wird zwar aufgrund der deutlicheren Zuordenbarkeit von Integration gesprochen, und natürlich sind auch die Geflüchteten aus den Krisengebieten eine der Zielgruppen, aber eine gelingende „Integration“ kann nur als gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an Allem verstanden werden und sie muss somit auch stets die gesamte Gesellschaft im Blick haben. Nach diesem Grundsatz wurde dieses Konzept erarbeitet.

2. Allgemeine Entwicklungen und Statistiken zur Bevölkerung Kaiserslauterns

2.1 Situationsbeschreibung

In Kaiserslautern lebt eine multi-ethnische und multi-nationale Bevölkerung aus über 140 Nationen friedlich miteinander. Das ist keine Selbstverständlichkeit und kein „Selbstläufer“. Vielmehr bedarf es einer stetigen Kommunikation mit und zwischen den Bevölkerungsgruppen. Dieser Austausch muss auch von Seiten der kommunalen Verwaltung unterstützt werden, um ein besseres Verständnis voneinander und Vertrauen zueinander zu gewährleisten. Die Aufgaben aus der Zeit der ungewöhnlich hohen Zuweisungen Asylbegehrender von ca. 2014 bis 2016 konnten gut gelöst werden. Der Mitteleinsatz für z.B. eine durchgängige, engmaschige soziale Begleitung in den Häusern und Unterkünften der Zugewanderten hat sich in jeder Hinsicht bezahlt gemacht: die aufgebauten Strukturen und Zuständigkeiten haben geholfen den „Stresstest“ der Systeme abzufedern und konnten den Menschen in vielen Lebenslagen effektiv helfen. Gleichwohl gilt es dem Eindruck oder der Auffassung entgegenzuwirken, die massive Zuwanderung sei ein womöglich einmaliges Phänomen gewesen. Dieses gälte nun als „abgearbeitet“ und „erledigt“, somit könne man wieder in einen ursprünglichen Modus zurückkehren..

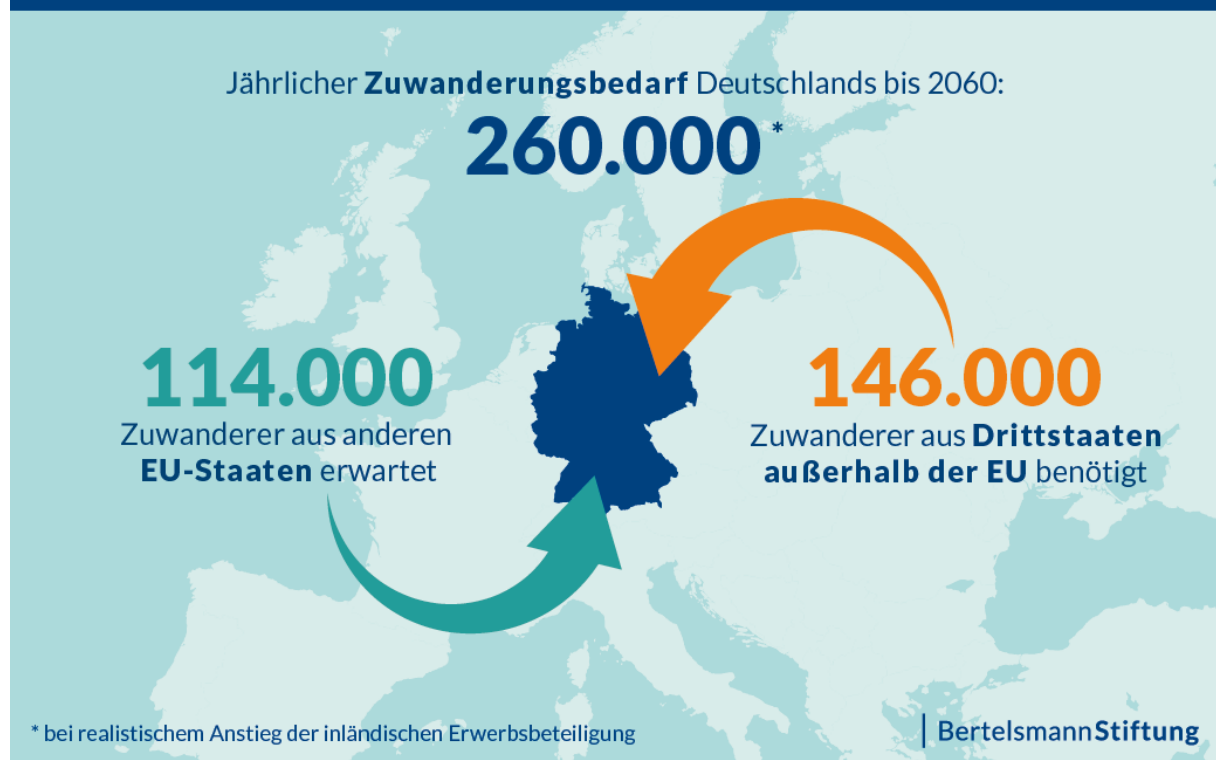
Die andauernden weltweiten Krisen, ob aus politischen, wirtschaftlichen oder klimatischen Gründen, zeigen, dass die globalen Migrationen nicht versiegen, sondern sogar weiter steigen. Weiterhin muss der Tatsache realistisch begegnet werden, dass Deutschland aufgrund der demografischen, unumkehrbaren Prozesse auf dauerhaft hohe Zuwanderung angewie-

² Quelle. Aktion Mensch, <https://www.aktion-mensch.de/dafuer-stehen-wir/was-ist-inklusion>, Abgerufen am 04.10.2021

sen ist, auch um das Niveau der Volkswirtschaft halten zu können. Gleichzeitig muss mehr Geld für die Aufnahme und Qualifikation der Zugewanderten aufgewendet werden, doch nur so kann die Wirtschaftleistung insgesamt langfristig steigen³ Das Thema ist sehr komplex, lässt aber eine generelle Aussage zu: je mehr Zugewanderte arbeiten, desto besser für alle! Je besser die Integration gelingt, desto mehr tragen sie zu einer dauerhaften Steigerung der Wirtschaftsleistung bei.⁴

Das Wanderungssaldo Deutschlands lag im Jahr 2020 mit 220.251 Personen im Plus⁵. Die Nettozuwanderung über die Grenzen Deutschlands geht aber im fünften Jahr in Folge zurück. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung besteht jedoch aus den zuvor genannten Gründen ein Zuwanderungsbedarf von jährlich 260.000 Personen.⁶

Deutscher Arbeitsmarkt benötigt Zuwanderung aus Drittstaaten



Darstellung: Bertelsmann-Stiftung

Die Statistik weist aus, dass sich die Fluchtmigration nach Deutschland seit den vergangenen sechs Jahren insgesamt rückläufig entwickelt, ebenso die Migration aus familiären Gründen (Familiennachzug), wenngleich 2021 wieder ein Anstieg von Erst- und Folgeantragsteller (Asyl) zu verzeichnen ist.⁷

Auch kommen mehr Menschen aus Nicht-EU-Staaten, um in Deutschland zu arbeiten. Seit

³ Quelle: Informationsdienst

des Instituts der deutschen Wirtschaft (iwd), Wachstumsfaktor Migration, 2017

⁴ ebenda

⁵ Quelle: destatis, Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 19. Juni 2021

⁶ Quelle: Studie: Deutscher Arbeitsmarkt auf außereuropäische Zuwanderung angewiesen, Bertelsmann-Stiftung, 2019

⁷ Quelle: BAMF, Asylgeschäftsstatistik Gesamtjahr und Dezember 2021,

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2022/220112-asylgeschaeftsstatistik-dezember-und-jahr-2021.html>, Abgerufen am 12.0.2022

2015 stieg die Zahl der Bildungsausländer*innen um 65,3 Prozent⁸.

Diese Zahlen werden für das Integrationskonzept nicht Jahr für Jahr interpretiert, oder ihre zeitnahen Verläufe prognostiziert. Aber die Gesamtentwicklung zeigt sich eindeutig und eben auch die Bedarfslagen: Deutschland ist Einwanderungsland, Kaiserslautern ist Zuwanderungsziel. Zuwanderung gewährleistet Chancen. Es liegt im kommunalen Eigeninteresse, dass Menschen nach Kaiserslautern kommen und hier eine neue Heimat und Arbeit finden. Die Stadt ist nur durch Zuzug von Außen seit 2014 wieder Großstadt (Gesamtbevölkerung > 100.000 EW) geworden.

Je einfacher, zügiger und effektiver die zugewanderten Menschen einen (Quer-)Einstieg in die Strukturen und Systeme schaffen können, desto nachhaltiger und positiver gelingt ihre Integration. In dieser Betrachtung wurde der (volks-)wirtschaftliche Aspekt in den Fragen der Zuwanderung und ihrer Auswirkungen angerissen. Gleichwohl gilt es auch die weniger messbaren Aspekte der Integration zu beachten. Wie die der Zugewinne einer Gesellschaft durch die Vielfalt in Kultur, Kunst, Wissen und Erfahrungen.

2.2 Ausländer*innen und Migranten*innen in Kaiserslautern

Vorbemerkung: Aufgrund von strukturellen, technischen und rechtlichen Gründen konnten keine aktuelleren Daten aus den Einwohnermeldedaten generiert werden, als die vorliegenden. Wir nehmen an, dass diese Hemmnisse sich mit der Besetzung der Stelle Integrationsmanagement und der weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema beseitigen lassen und aktuellere Daten verfügbar werden, die dann an dieser Stelle eingepflegt werden. Zu den Aussagen der folgenden Daten (Stand 2018) lassen sich jedoch keine grundsätzlichen Änderungen erwarten.

Im Rahmen des von der Stadt Kaiserslautern und der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geförderten Projektes „Integration findet Stadt – Im Dialog zum Erfolg“ hat das Fachgebiet Stadtsoziologie der TU Kaiserslautern eine Studie über Kaiserslautern angefertigt. Um zu verdeutlichen, wie sich die Bevölkerung der Stadt zusammensetzt, werden hier einige Erkenntnisse aus der Studie dargestellt⁹.

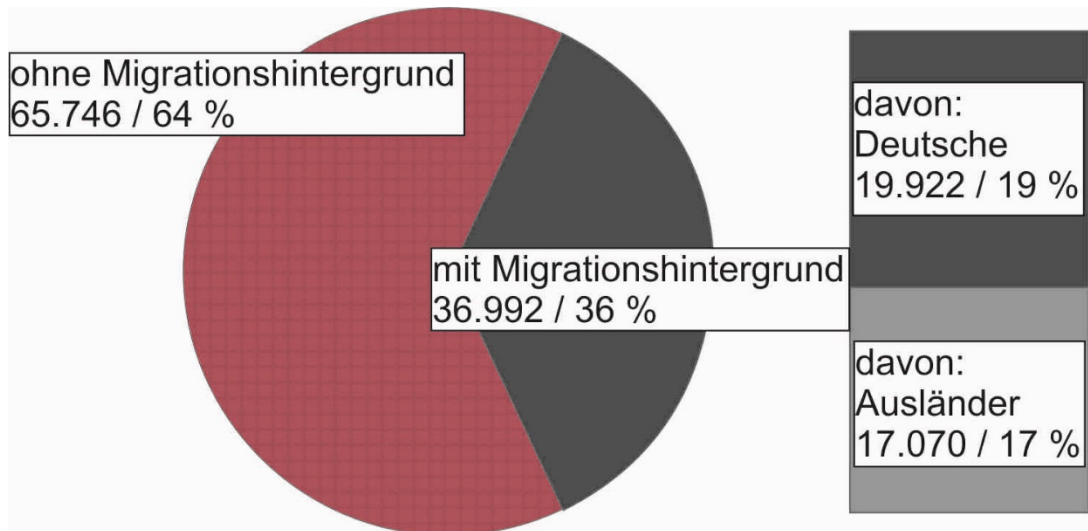
Ende April 2018 hatten 17 % der Bevölkerung Kaiserslauterns (102.738 Bürger*innen) eine ausländische Staatsbürgerschaft. Der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte¹⁰ lag im selben Zeitraum bei 36 %.

⁸ Quelle: BAMF, Migrationsbericht 2019, Seite 10

⁹ Die komplette Version der Studie gibt es hier: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:386-kluedo-56861>

¹⁰ *Eine Person hat eine Migrationsgeschichte, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist.*

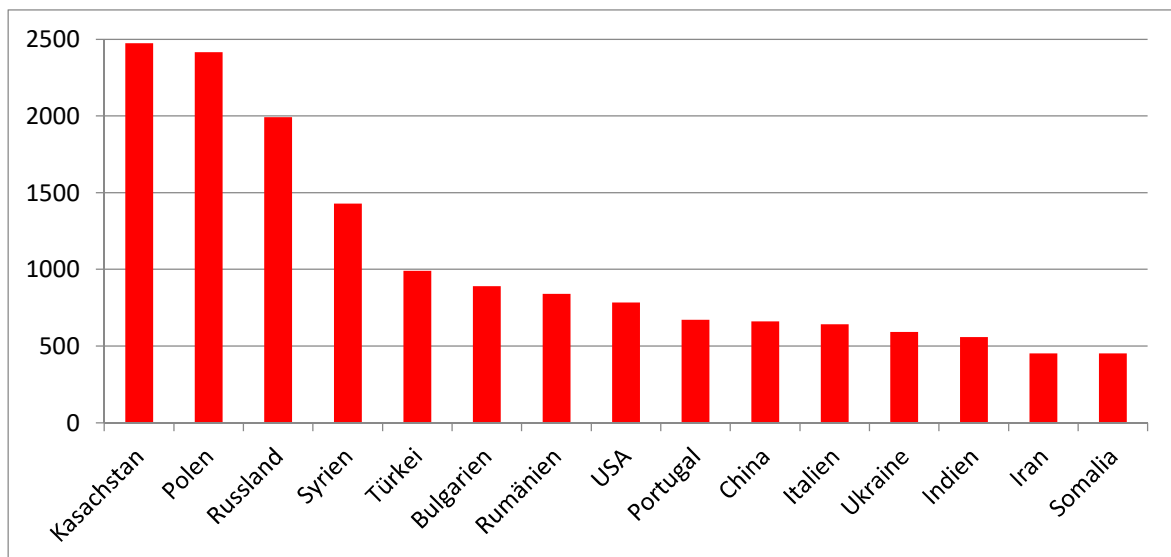
Abbildung 1: Bevölkerung mit und ohne Migrationsgeschichte Kaiserslautern, Stand 2018



Eigene Darstellung. Quelle: Spellerberg, Eichholz 2018

Um die größten Migrantengruppen Kaiserslauterns zu erfassen, sind Statistiken über die Geburtsländer und die Staatsbürgerschaft der Bürger*innen der Stadt die beste Möglichkeit. Beim Vergleich beider Statistiken wird erkannt, dass die größten Migrantengruppen Kaiserslauterns aus Kasachstan, Russland und Polen stammen (Vgl. Abb. 3). Die drei Gruppen setzen sich hauptsächlich aus Aussiedlern und Spätaussiedlern zusammen. Sie leben größtenteils schon seit Jahrzehnten in Kaiserslautern und haben mehrheitlich die deutsche Staatsbürgerschaft. Die größten Gruppen ohne deutschen Pass kommen aus Syrien (1684), Portugal (1001) und der Türkei (948). Ihre Anzahl ist im Vergleich zu den Kasachen und Polen deutlich geringer.

Abbildung 2: Häufigste Geburtsländer der Bevölkerung Kaiserslauterns, Stand 2018



Quelle: Spellerberg, Eichholz 2018

Den stärksten ausländischen Zuzug hatte Kaiserslautern in den letzten Jahren aus Syrien (Grund: Bürgerkrieg im Heimatland), Bulgarien, Rumänien und Polen (Grund: EU Osterweiterung I/II). Auch wenn diese vier Nationen die zuzugsstärksten Gruppen stellen, ist zu beachten, dass die Anzahl von Menschen aus fast allen anderen Nationen, die in Kaiserslautern leben, seit 2011 leichte Zuwächse zu verzeichnen haben.

3. Der Weg zur Neuaufstellung des Integrationskonzeptes

Das erste Integrationskonzept der Stadt Kaiserslautern wurde im Januar 2013 verabschiedet. Der zeitgleich ins Leben gerufene „Begleitausschuss Integrationskonzept“ konnte die jährlich vom Stadtrat zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 50.000 € in über 90 Projekten und Maßnahmen für die lokale Integrationsarbeit umsetzen. Der von Fachleuten und politischen Vertretern besetzte Ausschuss konnte nach der Einberufung eines jährlichen „Prioritäten-Workshops“ und der öffentlichen Ausschreibung der Projektideen effektiv die Integrationsarbeit in der Stadt unterstützen und Impulse setzen.

Die Situation hat sich seit 2013 mit den hohen Zuweisungs- und Zuwanderungszahlen deutlich verändert und der Bedarf einer Fortschreibung und Neuorientierung wurde immer deutlicher.

In den Jahren 2017 bis 2019 setzte die Stadt Kaiserslautern in Kooperation mit der FIRU mbH ein Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit dem Titel „Integration findet Sta(d)t - Im Dialog zum Erfolg“ um. Hierbei ging es unter anderem um den Versuch, verschiedener Beteiligungsformate zu erproben und Umfragen für eine bessere Erreichbarkeit der Zielgruppen zu machen, bis auf die Stadtteilebene. Ebenso entstand in diesem Zuge eine Studie der ansässigen Technischen Universität, Fachbereich Stadtsoziologie, mit dem Titel „Vielfalt leben in Kaiserslautern“. Das Projekt lieferte wertvolle Daten und Erkenntnisse, die für die weiteren Schritte hilfreich waren.

Der Integrationsbeauftragte führte im Anschluss zahlreiche „Orientierungsgespräche“ mit Schlüsselpersonen bzw. -organisationen der Integrationsszene. Dessen Ergebnisse dienten als Grundlage für die Festlegung von 15 Handlungsfeldern, die von den Teilnehmer*innen der Veranstaltung nach Relevanz gewichtet wurden. Die relevantesten Handlungsfelder dienten als Basis für die Gründung von fünf Arbeitskreisen. Die Aufgabe der Arbeitskreise war es, sektorale Leitbilder, strategische Ziele, Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen für das Integrationskonzept zu entwickeln.

Prozessbegleitend und tiefgehend reflektiert wurden die Ergebnisse der unterschiedlichen Veranstaltungen von einer Lenkungsgruppe. Diesem Gremium unter der Leitung des städtischen Integrationsbeauftragten gehören die Leiter*innen der Arbeitskreise, des Integrationsbeirates und des „Netzwerkes Migration und Integration“ an.



¹¹ Bild: Workshop „Weltoffene Kommune“ (2020)

Die Aufgabe der Lenkungsgruppe ist es, die organisatorische und inhaltliche Koordinierung der Arbeiten zur Erstellung des Integrationskonzeptes zu gewährleisten. Dies betrifft insbesondere die Einordnung von Handlungsfeldern, die Beachtung von Überschneidungen und Synergieeffekten und die Erarbeitung von allgemeinen Empfehlungen.

Zudem wurde die Stadt Kaiserslautern durch eine erfolgreiche Bewerbung Modellkommune in dem Projekt „Weltoffene Kommune“ (Laufzeit: 2020-2021). In dem von der Bertelsmann-Stiftung und Phineo umgesetzten Projekt der Bundesbeauftragten für Integration ging es in erster Linie um einen „Selbstcheck“ zur lokalen Integrations- und Diversitätsarbeit, um diese dann entsprechend effektiv weiterzuentwickeln. Zu sieben Themenfeldern wurden in zwei Workshops offen über Entwicklungspotenziale, Dinge die gut oder Dinge die schlecht laufen und konkrete Maßnahmen diskutiert. Die Handlungsbedarfe und Umsetzungsideen von letztlich vier priorisierten Themenfelder mussten nun von der Lenkungsgruppe mit den vorangegangenen Prozessen und Ergebnisse der Arbeitsgruppen hinzugefügt bzw. in Einklang gebracht werden.

3.1 Aufbau und Struktur des Integrationskonzeptes

Integration ist kein „technischer“ Prozess und kann je nach Standpunkt mit ganz unterschiedlichen subjektiven Werten und Erwartungen unterlegt werden. Ein Konzept, das einen Quereinstieg in unsere Systeme begünstigen möchte und eine gleichberechtigte Teilnahme an den ökonomischen, rechtlichen und politischen Ebenen zum Ziel hat, sollte entsprechend möglichst alle Lebensräume erfassen. Zu diesen sind dann Ziele zu formulieren und Aussagen zu treffen, wie diese bestmöglich zu erreichen sind. Dass dies

¹¹ Quelle: Stadtverwaltung

nicht einmalig geschehen kann oder auf eine exakt terminierte Laufzeit zu bestimmen ist, haben die Entwicklungen der vergangenen Jahre eindrücklich belegt.

Ebenso ist es aber auch wichtig, dass ein solches Konzept für viele Menschen zugänglich gestaltet ist und in den Aussagen nachvollziehbar bleibt, ohne dabei Allgemeinplätze zu formulieren. Daher wurde bei diesem Integrationskonzept großer Wert auf ein schlankes Format und eine durchgängig klare Struktur gelegt, die auf drei Stufen aufgebaut ist:

1. Zu jedem Themenfeld wie z.B. „Bildung und Arbeit“ wird ein (sektorales) **Leitbild** formuliert. Hier werden idealistisch und kompromisslos bestmögliche Zustände zu dem jeweiligen Thema beschreiben.
2. Hieraus ableitend werden weitere **strategische Ziele** genannt. Diese umfassen Wege und Schritte mit einem Zeithorizont von etwa 10 Jahren, um dem Idealbild so nahe wie möglich kommen zu können.
3. Wiederum daraus abgeleitet werden **konkretere Handlungsempfehlungen**, aber auch **Herausforderungen** skizziert. Hierzu werden Maßnahmenvorschläge öffentlich ausgeschrieben, die durch weitere Beteiligte (z.B. freie Träger, Vereine etc.) in kommunal geförderten Projekten umgesetzt werden. Hier fungiert federführend, wie in der Vergangenheit, das unabhängige Gremium des „Begleitausschusses Integrationskonzept“.

Wichtig ist hierbei, dass der gesamte Prozess transparent bleibt, und Möglichkeiten bietet dynamisch angepasst zu werden. Der Anspruch des Konzepts besteht nicht darin die Maßnahmenvorschläge stringent und vollständig „abzuarbeiten“. Die strategischen Ziele bilden die jeweilige Orientierung und Richtschnur, unter deren Maßgabe weitere Ideen und Vorschläge, die zur Zielerreichung beitragen können, Platz finden.

3.2 Umsetzungsebene

Die Struktur des Integrationskonzepts gewährleistet für die aus den verschiedenen Prozessen erarbeiteten Handlungsfelder Maßnahmenvorschläge und Handlungsempfehlungen. Somit können die Akteure der lokalen Integrationsarbeit zum einen ableiten, welche Herausforderungen und Bedarfe stadtwweit generell gesehen werden und ihre Arbeit daran orientieren. Zum anderen können sie aus ihrer täglichen Praxis heraus ein Angebot in Form von einem Projektantrag, nach erfolgter entsprechender öffentlicher Ausschreibung, abgeben. Der „Begleitausschuss Integrationskonzept“ kann nach Eingang des Antrages inklusive einer Beschreibung des geplanten Projekts, das auch mögliche Hemmnisse oder Synergien hinterfragt, und einer Vorstellung des Projekts, nun zu einer Bewertung gelangen. Der Ausschuss bestimmt hiernach über die Vergabe der Mittel und über die Höhe. Er muss zu einer für alle Themenfelder und Projektanträge sachlich und fachlich gerechten und ausgewogenen Beurteilung gelangen.

Die geförderten Projekte erhalten über die vereinbarte Projektlaufzeit die genehmigten Mittel. Die Träger des Projekts werden zur „Halbzeit“ des Vorhabens durch einen Zwischenbericht dokumentieren, ob und wie die angedachten und angegangenen Schritte zur Zielerreichung bislang gelaufen sind, um dann bei einer erfolgten Umsetzung zum Ende der Laufzeit mit einem Abschlussbericht den gesamten Prozess zu reflektieren.

Dem „Begleitausschuss Integrationskonzept“ kommt in dem Prozess also eine zentrale Rolle zu. Perspektivisch sollen die Aussagen eines Integrationsmonitorings in die Arbeit des Ausschusses einfließen und künftig in den Prozess der Fortschreibung des Integrationskonzepts, der Priorisierung von Themen sowie eventueller Veränderungen der Themenbereiche oder deren Vertiefung eingebunden werden.

In diesem Gremium soll sowohl eine praxisnahe, hohe Fachkompetenz aus diversen Bereichen (der Integrationsarbeit) abgebildet werden, wie auch eine politische Vertretung aus jeder der im Stadtrat vertretenen Fraktionen.

4. Themenfelder

4.1 Bildung und Arbeit



Foto: Girard de Soucanton

4.1.1. Sektorale Leitbilder

Bildung

Von frühkindlicher bis Erwachsenenbildung gibt es in Kaiserslautern zielgerichtete Bildungsangebote für alle Bewohnerinnen und Bewohner, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Vorbildung oder Herkunft.

Arbeit und Übergang in Arbeit

Die Wirtschaft Kaiserslauterns wandelt sich von einer Industriestadt zu einem Standort, an dem moderne Technologien und Dienstleistungen wichtige Leistungsträger sind. Alle Bevölkerungsgruppen werden in diesen Wandel mit einbezogen. Relevante Akteure streben gemeinsam an, Leistungen und Fähigkeiten zugewanderter Menschen aktiv zu fördern und für den Arbeitsmarkt erreichbar zu machen.

Selbständigkeit

In Kaiserslautern haben alle Menschen die gleichen Chancen, selbständig tätig zu werden. Potentielle Gründer*innen werden realistisch beraten, um Potentiale zu stärken und Risiken zu vermeiden.

4.1.2. Strategische Ziele

Bildung

Zielgruppenspezifische Angebote, unter anderem mit einem niedrighschwelligem und motivierenden Ansatz, existieren für eine Vielzahl von Bevölkerungsgruppen und Bildungsniveaus in Kaiserslautern. Der Anteil der Schüler*innen, die die Schule ohne Abschluss verlässt, wird bis 2032 deutlich gesenkt.

Arbeit und Übergang in Arbeit

Die Zahl der arbeitssuchenden Ausländer*innen und Deutschen in Kaiserslautern hat sich bis zum Jahr 2032 in Kaiserslautern auf einem verbesserten Niveau angeglichen.

Selbständigkeit

In Kaiserslautern existieren bis 2032 Strukturen, die vor, während und nach der Gründung eines Unternehmens zu einem professionellen Austausch beitragen. In der Stadt wird eine transparente Beratung angeboten, die über den Businessplan hinaus nachhaltig wirkt. Die Teilnehmer*innen spiegeln die tatsächliche Verteilung der Bevölkerung, die eigene Unternehmen hat, wieder.

4.1.3. Handlungsempfehlungen / Herausforderungen

- Bereits vorhandene Angebote zu Bildung und Beruf sowohl analog wie auch digital aufbereiten und präsentieren, um vielfältigere Zielgruppen zu erreichen
- Kooperationen zwischen Bildungsträgern, Stadtverwaltung, Sozialträgern und Wirtschaft ausbauen
- Zentrale Berufsberatungsstelle für Geflüchtete, die aus den Gemeinschaftsunterkünften ausgezogen sind, schaffen
- Ausreichende, auf die verschiedenen Zielgruppen und Förderbedarfe abgestimmte, Möglichkeiten zum deutschen Spracherwerb anbieten.
- Aspekte eines gleichberechtigten Zugangs, insbesondere bei Frauen, zu Bildung und Sprache beachten.

Maßnahme I: Präsentation der vorhandenen Angebote im öffentlichen Raum (Bildung)

Beschreibung der Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Präsentation der vorhandenen Angebote von Bildung und Beruf bei Veranstaltungen (z.B. bei Stadtfesten) • Zielgruppengerechte Präsentation anbieten und etablieren: Angebote in unterschiedlichen Sprachen, unter Berücksichtigung besonderer Bedarfe für unterschiedliche Bildungsgrade.
---------------------------	---

Maßnahme II: Berufliche Integration durch Bildung (Bildung)

Beschreibung der Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche Integration durch Bildung zum Beispiel durch Kooperation mit der Hochschule und TU Kaiserslautern. Förderung individueller Studienwege (FIS)
---------------------------	---

Maßnahme III: Bildung beginnt mit Sprache (Bildung)

Beschreibung der Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> Monitoring des Förderbedarfs im Austausch mit Schulen und Bildungseinrichtungen. Möglichkeiten des Spracherwerbs zielgerichtet schaffen.
---------------------------	--

Maßnahme IV: Informationspool Digital (Arbeit / Übergang in Arbeit)

Beschreibung der Maßnahme	Info-Website in allen relevanten Sprachen niedrigschwellig, barrierefrei gestalten, die als eine Art Jobbörse speziell für Geflüchtete dient sowie Online-Sprachkurse aufzeigt und anbietet. (mögliche Zielgruppe: Eltern die Probleme mit der Kinderbetreuung haben)
---------------------------	---

Maßnahme V: Kooperation Stadt – lokale Wirtschaft (Arbeit / Übergang in Arbeit)

Beschreibung der Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> Gezieltes Werben für Geflüchtete als Mitarbeiter und Azubis Die Bereitschaft fördern Berufspraktika anzubieten Projekte mit Firmen unterstützen, welche Geflüchtete durch Jobs, Ausbildungen und Praktika fördern Anreize schaffen, damit Geflüchtete eingestellt werden.
---------------------------	--

Maßnahme VI: Schaffen von Kontaktoptionen (Arbeit / Übergang in Arbeit)

Beschreibung der Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> Betreuung durch ehrenamtliche Helfer*innen und Familien Zentrale Anlaufstelle für Hilfe und Beratung Menschen zum Kontakt motivieren Räume und Orte für Ruhephasen gestalten, z.B. durch Musik, Café, Sport Private Initiativen/Vereine fördern, die Austauschebenen anbieten und gemeinsame Interessen ausleben lassen Entwicklungspolitische Projekte anstoßen, z.B. Kooperationen in den Herkunftsländer
---------------------------	--

Maßnahme VII: Zentrale Beratungsstelle (Arbeit / Übergang in Arbeit)

Beschreibung der Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> Nachbetreuung (nach Verlassen der Gemeinschaftsunterkunft) Ausreichend Dolmetscher*innen für verschiedene Anforderungen, nicht nur für Belange des Jobcenters (auch Schulen, Ärzte etc.)
---------------------------	---

Maßnahme VIII: Kooperation mit dem Sozialreferat (Arbeit / Übergang in Arbeit)

Beschreibung der Maßnahme	<ul style="list-style-type: none"> Niederschwellige Beschäftigungsprogramme Informationen des Sozialamtes an Geflüchtete zur Meldepflicht bei der ARGE
---------------------------	--

Maßnahme VIII Beratungswegweiser (Selbständigkeit)

Beschreibung der Maßnahme	Ein*en Ansprechpartner*in, der/die: <ul style="list-style-type: none">• eine Analyse der bestehenden Angebote vornimmt• durch Vermittlung aktiv auf Initiativen und Arbeitskreise zugeht• Gründungsinteressierte berät• einen Überblick über bestehende Angebote erstellt und Wege aufzeigt• Lücken im Beratungssystem aufdeckt• mit Dolmetschern zusammenarbeitet oder im Idealfall mehrsprachig ist
---------------------------	--

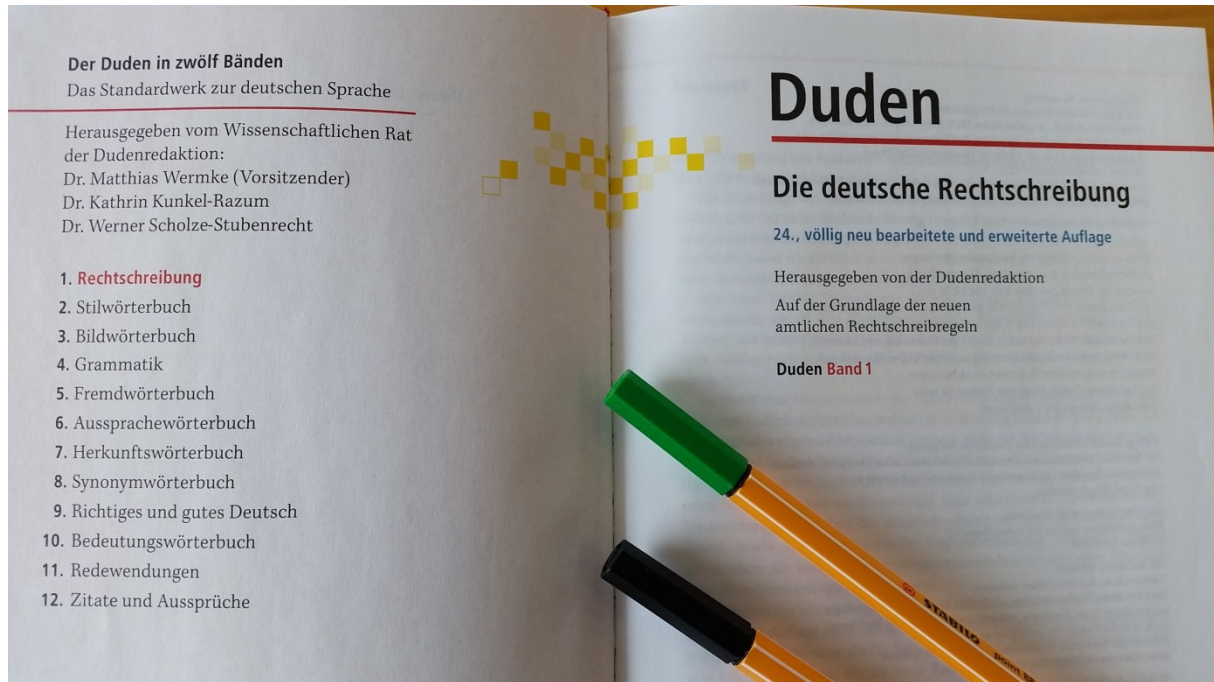
Maßnahme IX: Gründerstammtisch (Selbständigkeit)

Beschreibung der Maßnahme	Monatlicher Gründerstammtisch, der sich speziell an Migrant*innen richtet, aber dennoch offen für alle Bürgerinnen und Bürger ist.
---------------------------	--

Maßnahme X: Lotsen- oder Mentoring-Programm (Selbständigkeit)

Beschreibung der Maßnahme	Unterstützung von Gründungsinteressierten vor, während und nach der Gründung.
---------------------------	---

4.2 Sprachförderung



Eigene Darstellung.

4.2.1. Sektorales Leitbild

Da der sprachliche Austausch in Wort und Schrift die wichtigste Grundlage für ein positives Zusammenleben ist, soll es ein Anliegen aller Bürger*innen sein, Sprachkenntnisse zu verbessern. Aus diesem Grund haben in Kaiserslautern alle Menschen unabhängig von ihrem Sprachniveau, ihrem Aufenthaltsstatus lebenslang die Möglichkeit, ihre Sprachfähigkeiten kontinuierlich zu steigern. Dies geschieht in motivierenden Angeboten, und durch die Möglichkeit zum Austausch mit Muttersprachler*innen im Alltag. Alle Bewohner*innen und Akteure der Stadt bieten Gelegenheiten zum Spracherwerb und zur Sprachanwendung.

4.2.2. Strategische Ziele

In Kaiserslautern existieren bis 2032 möglichst passgenaue, auf die Bedarfe der unterschiedlichen Alters- und Zielgruppen abgestimmte Angebote zur Verbesserung der Sprachkenntnisse in Wort und Schrift. Die Einbindung von allen Bürger*innen der Stadt in Freizeit- und Kulturangebote bietet die Möglichkeit, Sprachkenntnisse auch außerhalb von Kursen zu verbessern.

4.2.3. Handlungsempfehlungen

- Strukturierte, koordinierte, vermehrte, kostenlose Nachhilfe anbieten
- Individuelle Sozialpädagogische Betreuung und Patenschaften bedarfsgerecht an den Schulen und Weiterbildungseinrichtungen etablieren und stärken
- Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in dem Bereich der Sprachkompetenzvermittlung anbieten
- Aufbau eines Sprachmittlerpools

- Schnupperkurse / Hospitationen zur weiteren Wahl von Schullaufbahn / Berufsorientierung ermöglichen
- Maßnahmen für ein verbessertes Quereinsteigen entwickeln
- Verbesserung der Zusammenführung von Bildungsangeboten und Interessenten
- Durchmischung von Klassen an Aktionstagen am Anfang des Schuljahres (z.B. durch Sport)

4.2.4. Maßnahmen

Maßnahme I: Qualifizierte Lernpatenschaften

Beschreibung	Zielgruppengerechte, niederschwellige Onlinepräsenz (Homepage / App), die mit einem realen Ort für Präsenztreffen verknüpft ist (z.B. „Haus der Begegnung“). An diesem Ort können sich z.B. die Paten mit ihren Schüler*innen treffen. Die Online Präsenz dient zur Verknüpfung auch mittels einer eventuellen Chat Funktion. Vorbild könnte die „Mokli Help“ App und Internetpräsenz sein.
--------------	---

Maßnahme II: Kitapädagogik erklären

Beschreibung	Frühkindliche Bildung schon in der Kita fördern. Ein*e Dolmetscher*in erklärt Eltern und ihren Kindern, wie Kitapädagogik in Deutschland abläuft und vergleicht diese kultursensibel mit ähnlichen positiven Aspekten aus dem Herkunftsland.
--------------	--

Maßnahme III: Qualifizierung für nicht mehr schulpflichtige Personen

Beschreibung	Kenntnisse, Zugangsvoraussetzungen und Chancen zu Berufen niederschwellig und individuell ermitteln, die für die Zielperson in Frage kommen. Praktika in verschiedenen Berufsfeldern ermöglichen. Vermittlung von (berufsbezogenen) Sprachlernkursen.
--------------	---

Maßnahme IV: Wissenslücken in Schulfächern schließen

Beschreibung	Schüler*innen gemäß des individuellen Wissensstandes abholen und fördern. Schüler*innen mit Nachhilfe gezielt unterstützen, um auf den jeweiligen Bildungsstand besser eingehen zu können.
--------------	--

4.3 Begegnung, Sicherheit und Antirassismus



Foto Stadtverwaltung.

4.3.1. Sektorales Leitbild

Begegnung

Alle Bürger*innen Kaiserslauterns können sich frei und friedlich in der gesamten Stadt bewegen. Es gibt differenzierte und variabel nutzbare Begegnungsräume- und -möglichkeiten, bei denen alle Bürger*innen zusammenkommen können. Gemeinsame Themen und Interessen stehen im Vordergrund, und nicht eine unterschiedliche Herkunft.

Sicherheit

In Kaiserslautern bewegen sich alle Menschen zu jeder Zeit und an jedem Ort selbstverständlich und angstfrei.

Antirassismus

In Kaiserslautern leben ausnahmslos alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion, sexueller Identität oder ethnischer Herkunft gleichberechtigt und vorurteilsfrei miteinander.

4.3.2. Strategische Ziele

Begegnung

Möglichkeiten der niederschweligen Begegnung werden ausgebaut und geschaffen. Über das Stadtgebiet verteilt werden bis 2032 Orte der Begegnung identifiziert und wo sie noch fehlen Planungen angestrengt oder realisiert.

Sicherheit

Um sich frei bewegen zu können, darf aufgrund der äußeren Begebenheiten kein Gefühl von Unsicherheit verspürt werden. In Kaiserslautern werden bis 2032 Angsträume identifiziert

und abgebaut

Antirassismus

Die interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung von Verwaltungen und Institutionen wird bis 2032 durch konsequente und selbstverpflichtende Maßnahmen durchgreifend vorangetrieben.

Struktureller Rassismus und Alltagsrassismus werden identifiziert, diesen Erscheinungen wird begegnet und sie werden unterbunden.

4.3.3. Handlungsempfehlungen / Herausforderungen

- Interkulturelle Öffnung und Begegnung soll nicht nur mit Bezug auf „Migrationsgeschichte“ oder „Kultur“ verstanden werden, sondern alle Dimensionen der Diversität in den Blick nehmen
- Interkulturelle Öffnung betrifft Institutionen, Angebote, Programme, Denken, Sprache
- Mitarbeitende in Verwaltungen und Institutionen benötigen interkulturelle Kompetenzen; Fortbildungen zur Arbeit an der eigenen Haltung, ohne generalisierende „Rezepterwartung“
- Verwaltungen und Institutionen brauchen einen Sprachmittler- bzw. Dolmetscherpool
- Mehr politische Bildung für alle Bevölkerungsgruppen niederschwellig anbieten
- Wege und Medienkanäle für schwer erreichbare Gruppen finden und stärken
- Parallelgesellschaften entgegenwirken, besonders bei Kindern und Jugendlichen
- Begegnungsräume für alle ohne Eintrittsgeld schaffen
- Bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen den Aspekt der Begegnung verstärkt mitdenken

4.3.4. Maßnahmen

Maßnahme I: Stadtteilbüros (Begegnung)

Beschreibung	Ausweitung der Stadtteilbüros auf möglichst viele Quartiere, um Begegnungs- und Beratungsmöglichkeiten für alle Menschen in ihrem jeweiligen Stadtteil zu gewährleisten.
--------------	--

Maßnahme II: Musik-, Theater und Kulturfestival im öffentlichen Raum (Begegnung / Antirassismus)

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Nach Vorbild der stadtbekannteren Veranstaltung „Alles muss raus“; Straßen- und Quartierfeste mit diversen Aktions- und Auftrittsf lächen nutzen und den Stadtraum bespielen • Öffentliche Räume gezielt wählen, in denen Migrant*innen / Menschen mit Migrationsgeschichte und Angehörige der Mehrheitsgesellschaft ihre Freizeit verbringen • Einbindung der städt. Musikschule, Referat Kultur / Kammergarn und VHS etc. • Einbindung von Migrantenselbstorganisationen • Einbindung von Schulen (Bands) • frische Ideen und Inhalte zulassen (z.B. Bandcontest, Poetry-Slam etc.) • Einbindung von kulinarischen Aktionen (z.B. Running Dinner, Suppen-Olympiade etc.)
--------------	--

Maßnahme III: Verbessertes Sicherheitsgefühl (Sicherheit)

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Bestandsaufnahme zu den stadträumlichen „HotSpots“ sowie generell zu aktuellen Begegnungsräumen • Defizite und Potenziale an Anzahl und Zugänglichkeit aufzeigen • Umfrageaktion zum Thema „Sicherheitsgefühl“ und Bedarfe an Aufenthaltsräumen, bei der verschiedene Altersgruppen eingebunden werden • Abbau von Schwellenängsten durch Räume für Begegnungen schaffen, gegenseitiges Kennenlernen über niederschwellige Impulse / Aktionen
--------------	--

Maßnahme IV: Respektvoller Umgang (Antirassismus)

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Projekte zur Begegnung auf Augenhöhe zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen / Themen schaffen. • Öffentlichkeits- und Aufklärungskampagne zu Formen des Rassismus gestalten • Maßnahmen zur Sensibilisierung von Sprache und Begegnung (auch in den Sozialen Medien) ergreifen • Aktive Förderung von Vielfalt und Chancengleichheit in Themen der Bildung und Arbeit • Koordination von themenbezogenen Projekttagen an den jeweiligen „Schulen ohne Rassismus“ zur Sensibilisierung von ethnischen Unterschieden / Potenzialen • „Challenge“ zwischen Schulen, um Projektideen zum Thema „Integration“ zu befördern mit Preisverleihung; Schüler*innen stellen sich die Projekte gegenseitig vor und bewerten diese
--------------	--

Maßnahme V: Stärkung des Beirats für Migration und Integration (Begegnung / Antirassismus)

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Ein starker Beirat mit multiethnischen Multiplikator*innen gewährleistet mittel- und langfristig eine diverse Vertretung auf relevanten gesellschaftlichen Ebenen und in Organisationen • Erhöhung der Wahlbeteiligung durch neue, kreative Wege (z.B. durch aufsuchende Arbeit, Info / Bewerbung an „ungewöhnlichen“ Orten) • Mehrsprachige Öffentlichkeitskampagne (traditionelle / neue Medien) • Gewinnung von Kooperationspartnern aus der Wirtschaft, Sport und Kultur (-> Vorbildfunktion) • Sensibilisierung für eigene (politische) Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten
--------------	--

Maßnahme VI: Interkulturelle Kompetenz (Antirassismus)

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung und Schulungen für interkulturelle Kommunikation / Öffnung intensivieren • Interkulturelles Leitbild für die Verwaltungen und Institutionen: Kultur der Selbstverpflichtung und Vorbildfunktion fördern • Verstärkung einer interkulturellen Kompetenz in Verwaltungen und Institutionen durch gezieltes Anwerben und Einbinden von Mitarbeiter*Innen mit Migrationsgeschichte. • Erhebung von Kommunikationsdefiziten (an welchen Orten bzw. in welchen Situationen kann eine erfolgreiche Kommunikation nicht stattfinden und warum ist das so?) • Kommunikation auf kultureller, ethnischer, geschlechtlicher Augenhöhe fördern
--------------	---

4.4 Ehrenamt, Partizipation, Beteiligung



Foto Stadtverwaltung

4.4.1. Sektorales Leitbild

Ehrenamt ist in der Stadt Kaiserslautern als eine starke gesellschaftliche Kraft anerkannt.

Ehrenamt bietet allen Menschen die Chance zur Teilhabe, Mitwirkung und Mitgestaltung auf Augenhöhe. Es betrifft alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens und bietet jedem Menschen die Möglichkeit, seine individuellen Fähigkeiten miteinzubringen.

Ehrenamt in all seinen Formen und Facetten, von privat bis organisiert, erhält Respekt und Wertschätzung.

Alle Menschen beteiligen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben.

4.4.2. Strategische Ziele

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind in der Öffentlichkeit präsent. Durch vielfältige und kreative Maßnahmen wird Ehrenamt in der Öffentlichkeit dargestellt und wahrgenommen. Die Zugänge zu ehrenamtlichen Tätigkeiten sind vorhanden und sichtbar. Dafür sorgen die neutralen Anlaufstellen und Koordinator*innen der jeweiligen Trägerorganisation, die auch Ansprechpartner*innen für die Ehrenamtlichen sind. Es sind passende Angebote für diverse Zielgruppen vorhanden.

In der Stadt Kaiserslautern sind bis 2032 verschiedene Formate zur Anerkennung von Ehrenamt entwickelt.

4.4.3. Handlungsempfehlungen / Herausforderungen

- Menschen mit Migrationsgeschichte werden häufiger in der Rolle der Hilfsbedürftigen wahrgenommen. Die Potenziale und Möglichkeiten bleiben vielfach unbeachtet.
- Ehrenamt und Partizipation bieten die beste Möglichkeit zur gesellschaftlichen Integration und müssen aus diesem Grund gestärkt werden.
- In der Flüchtlingsarbeit haben sichtbare Veränderungen stattgefunden. Dies erfordert den Wandel von der Nothilfe zu langfristigen, intensiven und spezialisierten Engagements.
- Gesellschaftliche Entwicklungen und Dynamiken werden wahrgenommen, erkannt und mit entsprechenden Maßnahmen wird darauf reagiert.
- Es fühlen sich häufig die immer gleichen Personen oder Gruppen angesprochen. Eine Beteiligung aller - oder zumindest neuer - Personen oder Gruppen gestaltet sich schwierig.
- Um die richtigen – also von den Zielgruppen gewünschten – Angebote zur Steigerung der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben schaffen zu können, muss man mehr über die Wünsche der Zielgruppen wissen.

4.4.4. Maßnahmen

Maßnahme I: Fortbildungsmaßnahme des interkulturellen Freiwilligenmanagements

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Modulare Fortbildungsreihe • Träger Selbstverständnis, Reflektion eigener Organisationsentwicklung • Identifikation von Tätigkeitsfeldern und Anforderungen an die Ehrenamtlichen unter Berücksichtigung vorhanden Potenziale • Schätzung von Einsatzfelder für unterschiedliche Kompetenzen • Kommunikation • Konfliktlösung
--------------	--

Maßnahme II: Runde Tische für Vereine, die Interkulturell offen sind

Beschreibung	In Räumlichkeiten der teilnehmenden Vereine treffen sich Engagierte zu einem moderierten, rotierenden Austausch über die Arbeit mit Ehrenamtlichen mit und ohne Migrationsgeschichte.
--------------	---

Maßnahme III: Projektwoche in Schulen

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenstufe 5 bis 10 • Freiwilliger Agentur betreut • Kooperation mit Bildungsbüro • Sammlung und Beteiligung v. Jugendorganisationen • Klassen suchen Ehrenamtliche auf und diese erklären ihre Arbeit und Motivation • Toleranz und Diskriminierungsfreiheit sind in der Jugendarbeit verwurzelt (Integration läuft dort selbstverständlich)
--------------	--

Maßnahme IV: Ehrenamtliche stellen sich und ihre Maßnahmen vor

Beschreibung	Ehrenamtliche stellen sich und ihre Maßnahmen auf unterschiedlichen öffentlichen Veranstaltungen vor. Koordiniert werden die Ehrenamtlichen von der Freiwilligen Agentur: z.B. Interkulturelle Woche (IKW), Stadt- und Quartiersfeste, Marktfrühstück etc.
--------------	--

Maßnahme V: Erlebnistag für Ehrenamtliche im Pfälzerwald

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Erlebnistag mit Geocache-Challenge für Ehrenamtliche im Pfälzerwald mit Preisausschreibung • Die Caches sind jeweils Behälter, die mehrere Chips oder Marken enthalten, wer in der vorgegebenen Zeit die meisten Chips/Marken gesammelt hat, ist Gewinner*in, alle Teilnehmer*innen erhalten eine Anerkennung über die Teilnahme • Nachdem die Geocache-Challenge beendet ist und die Sieger gekürt wurden, kommen die Teilnehmer*innen zum gemeinsamen Essen zusammen
--------------	--

Maßnahme VI: Bedarfe ermitteln

Beschreibung	Um der häufig geringen Beteiligung an Integrationsmaßnahmen bzw. -projekten entgegenzuwirken, wird untersucht, für welche Projekte und Angebote sich die Menschen interessieren. Hierbei wird auf unterschiedliche Methoden zurückgegriffen, z.B. Interviews, Umfragen, etc. Gleichzeitig werden unterschiedliche Kommunikationskanäle verwendet.
--------------	---

Maßnahme VII: Beteiligung erhöhen

Beschreibung	Die „Betroffenen“ werden mehr zu „Beteiligten“ gemacht. Migrant*innen, Ausländer*innen und Geflüchtete sollten aktiv in die Gestaltung von Beteiligungsmaßnahmen angesprochen und einbezogen, und nicht nur als Gast auf den Veranstaltungen verstanden werden.
--------------	---

Maßnahme VIII: Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen

Beschreibung	Vereine sind Orte der Integration. Durch Kooperationen mit Vereinen können neue Mitglieder für eben diese gewonnen werden. Denkbar wären hier Sportveranstaltungen, bei denen die gesamte Bandbreite des Angebots gezeigt werden könnte. Bei einer Art „Vereinsmesse“ sollten sich auch Vereine präsentieren, die nicht sportorientiert sind, z.B. Pfadfinder, Gesangsvereine, oder Kulturvereine
--------------	---

4.5 Wohnbedarfe und Wohnraumversorgung

Foto Stadtverwaltung

4.5.1. Sektorales Leitbild

Eine soziale Durchmischung in den Wohngebieten ist in allen Stadtteilen Kaiserslauterns Realität. Eine freie Wahl des Wohnstandortes sollte für alle Bürger*innen der Stadt in jedem Quartier möglich sein.

4.5.2. Strategische Ziele

Im Jahr 2032 gibt es keine Stadtteile mehr in denen Transferleistungsempfänger*innen stark überrepräsentiert sind. In jedem Stadtteil der Kernstadt Kaiserslauterns gibt es Angebote die helfen, eine intakte Nachbarschaft zu etablieren und Vermieter und Mieter ins Gespräch zu bringen. Eine Bedarfsanalyse, die auf die veränderte Bevölkerungszusammensetzung zugeschnitten ist, zeigt, wo es auf dem Wohnungsmarkt Defizite gibt. Zusätzlich sollten mehr

als 25 % der bis dahin gebaute Wohneinheiten öffentlich geförderte Mietwohnungen sein.

4.5.3. Handlungsempfehlungen/Herausforderungen

- Angemessener Wohnraum für Transferleistungsempfänger*innen in jedem Stadtteil schaffen
- Gewährleisten das alle Bürger*innen der Stadt über ihre Rechte und Pflichten als Mieter oder Eigentümer aufgeklärt sind
- Ausreichend Vermittler, um Wohnungssuchende und Wohnungsanbieter zusammenzubringen in allen Teilen der Stadt zur Verfügung stellen

4.5.4. Maßnahmen

Maßnahme I: Sprechstunde für Mieter vor Ort

Beschreibung	<p>Wöchentliche oder monatliche Mietersprechstunde, die im jeweiligen Quartier verortet ist und Mieter sowie Vermieter über ihre Rechte und Pflichten aufklärt.</p> <p>Durchgeführt werden sollte sie im jeweiligen Quartier, wenn möglich durch Angliederung an die vorhandenen Stadteilbüros.</p>
--------------	---

Maßnahme II: Mieterführerschein

Beschreibung	<p>Mehrsprachige Broschüre, die über Rechte und Pflichten von Mietern informiert und breitflächig ausliegt (z.B. in Gemeinschaftsunterkünften, Jobcenter, Bürger- und Quartiersbüros etc.)</p> <p>Themen: Wohnungssuche, Wohnungsbesichtigung, Mietvertrag, Hausordnung, Nebenkosten, Lüften, Kündigungsschutz.</p>
--------------	---

Maßnahme III: Verbraucherberatung in Gemeinschaftsunterkünften

Beschreibung	<p>Ausweitung der Beratungen der Verbraucherzentrale in allen Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber mit Übersetzung in die jeweiligen Landessprachen der lokalen Zielgruppen.</p>
--------------	--

Maßnahme IV: Bedarfsanalyse des Wohnungsmarktes

Beschreibung	<p>Bedarfsanalyse, die auf die veränderte Bevölkerungszusammensetzung zugeschnitten ist und zeigt, welche Wohnungen an welcher Stelle in Kaiserslautern fehlen.</p>
--------------	---

Impressum und Kontakt

Stadtverwaltung Kaiserslautern

Referat Stadtentwicklung
Integrationsbüro

Willy-Brandt-Platz 1
67657 Kaiserslautern

Telefon: +49 631 365-2381

Telefax: +49 631 365-1129

E-Mail: integration@kaiserslautern.de

Internet: www.kaiserslautern.de

Bearbeitung:

Alexander Pongrácz

Gerhard Degen

Werner Rech

Lutz Eichholz

Angelika Nagel

Heidi Noichl

Anhang: Beteiligte Akteure

Insgesamt haben sich **mehr als 150 Bürger*innen** ehrenamtlich an den 24 Sitzungen zu Erstellung des Integrationskonzeptes beteiligt. Die Stadt Kaiserslautern bedankt sich hierfür bei allen Beteiligten.

Der besondere Dank der Stadt Kaiserslautern gilt den **Mitgliedern der Lenkungsgruppe** und den **Leiter*innen der Facharbeitskreise**: